

Ausschuß für Jugend und Familie**Protokoll**

30. Sitzung (nicht öffentlich)

19. November 1987

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 bis 12.10 Uhr

Vorsitzender: Abg. Hellwig (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte und Beschlüsse

## I. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988 (Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 10/2250 und 10/2530

Vorlagen 10/1185, 10/1200, 10/1220, 10/1226, 10/1234, 10/1282

Zuschriften 10/1409, 10/1445, 10/1446, 10/1580, 10/1611, 10/1623, 10/1632

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beilage 3 - 38. Landesjugendplan

Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen

Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI)

Der Ausschuß stimmt über die von SPD und CDU eingebrachten Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 1988 ab (siehe den Diskussionsteil dieses Protokolls, Seiten 4 bis 8 und die Vorlage 10/1315).

Ausschuß für Jugend und Familie  
30. Sitzung

19.11.1987  
sr-ma

In der Schlußabstimmung zur zweiten Lesung stimmt er dem 38. Landesjugendplan unter der Maßgabe der Berücksichtigung der angenommenen Anträge (Nummern 3 bis 8 unter I) mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. zu. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis votiert er für die in seine Zuständigkeit fallenden Bereiche des Kapitels 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - unter der Maßgabe der Berücksichtigung der angenommenen Anträge (Nummern 9 bis 11 unter I). Das Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - nimmt er mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. an. Zum Berichterstatter wird Abg. Hellwig bestimmt.

## II. Öffentliche Erziehung

Nach einem ausführlichen Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales führt der Ausschuß eine kurze Diskussion über im Bereich der öffentlichen Erziehung bestehende Probleme. Eine ausführliche Beratung des Themas behält er sich für die gemeinsame Sitzung mit den Landesjugendwohlfahrtausschüssen vor.

- - - - -

Ausschuß für Jugend und Familie  
30. Sitzung

19.11.1987  
sr-ma

### Aus der Diskussion

Zu I: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988 (Haushaltsgesetz 1988)

Abg. Bensmann (CDU) verweist auf ein Schreiben des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" mit der Bitte, die Grundsatzdiskussion hierüber noch vor der Haushaltsplanberatung 1988 zu führen. Der Abgeordnete fragt, wann das im Ausschuß für Jugend und Familie geschehen solle.

Der Vorsitzende verweist auf die Tagesordnung, auf der das von Abg. Bensmann erwähnte Schreiben unter Vorlage 10/1282 aufgeführt sei. Er stelle es den Ausschußgruppen anheim, sich dazu zu äußern, obwohl er nicht erkennen könne, inwieweit der Ausschuß für Jugend und Familie tangiert sein solle.

Abg. Heckelmann (SPD) stellt sodann die von der SPD-Ausschußgruppe vorgelegten Anträge (siehe die Nummern 3 bis 11) vor.

Nach den vielen Gesprächen, die man mit Organisationen und Verbänden geführt habe, habe sich die Schwierigkeit ergeben, den Versuch zu unternehmen, besondere Schwerpunkte im Landesjugendplan und in dem die Zuständigkeit des Ausschusses für Jugend und Familie berührenden Bereich des Einzelplans 07 zu setzen und zu verstärken. Diese Absicht spiegelten die von der SPD vorgelegten Anträge wieder. Bei der gegebenen finanziellen Enge des Haushalts sei allerdings auch Bedingung, Mittelverstärkungen durch Ansatzverminderungen weitgehend in demselben Einzelplan auszugleichen.

Der kulturellen Jugendbildung wolle man wieder den Rang einräumen - bzw. ihn noch verstärken -, der ihr im Haushalt des laufenden Jahres zuerkannt worden sei.

Bei den Fachkräften der Bildung in der außerschulischen Jugendarbeit vor allem der überörtlichen Einrichtungen könne auf eine Personalkostensteigerung um 3 % nicht verzichtet werden, weil ansonsten die Lebensfähigkeit der entsprechenden Einrichtungen tangiert wäre.

Ausschuß für Jugend und Familie  
30. Sitzung

19.11.1987  
sr-ma

Des Weiteren setze man sich für eine Verstärkung des Jugendaustauschs mit Israel ein, weil man eine zunehmend stärkere Tendenz zum Rechtsradikalismus bemerke, wobei auch Besuche in Lidice, Auschwitz usw. über die entsprechenden Positionen finanziert werden sollten.

Eine Ansatzserhöhung sehe man auch für besondere Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendwesens vor, weil man der Auffassung sei, daß ein offener Titel zur zeitlich begrenzten Förderung neuer Ideen eine wesentliche Möglichkeit jugendpolitischer Gestaltung darstelle. Die Ansätze dieses Titels müßten auch vorsichtig weiterentwickelt werden.

Eine Personalkostensteigerung um 3 % wolle man auch bei den Jugendbildungsstätten ermöglichen; das gelte für überörtliche Einrichtungen, die in besonderem Maße auf Landesmittel angewiesen seien.

Ebenfalls eine Personalkostensteigerung von 3 % sei bei der offenen Jugendarbeit zu berücksichtigen, weil sonst einige Einrichtungen geschlossen werden müßten.

Wie oben bereits erwähnt, hätten solche Schwerpunktsetzungen auch Umschichtungen zur Konsequenz. Diese wolle man bei Fachkräften und Maßnahmen öffentlicher Träger des Jugendschutzes erreichen, weil Jugendschutz in der Trägerschaft der Gemeinden als eine Pflichtaufgabe der Jugendämter anzusehen sei. Weitere Kürzungen in Höhe von 1,7 Millionen DM in dem nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses für Jugend und Familie fallenden Bereich des Einzelplans 07 zur Deckung der Anträge werde man in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung vorschlagen.

Die vorschulische Förderung von Ausländerkindern wolle man in die Finanzierung von Kindergärten verlagern, weil dieses geeignete Instrument ansonsten entfallen würde, was vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Integration von Ausländern nicht zu verantworten wäre.

Durch die Haushaltsberatungen im Ausschuß und die von der CDU-Ausschußgruppe geführten Gespräche seien insbesondere in den Bereichen Defizite erkannt worden, die die CDU nunmehr zur Ansatzserhöhung vorschläge, äußert Abg. Rüsenberg (CDU), so im Bereich der Bildungsaufgaben, des Betriebskostenzuschusses für offene Jugendarbeit und der Bauprogramme. Die Antragssumme in Höhe von 6,584 Millionen DM wolle man mit einer entsprechenden Kürzung des Ansatzes für Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung decken. In diesem Bereich halte man eine Kürzung für verantwortbar. Die CDU sei der Überzeugung, daß die Mittel im Bereich des Landesjugendplans dringender notwendig seien.

Ausschuß für Jugend und Familie  
30. Sitzung

19.11.1987  
sr-ma

Abg. Reichel (F.D.P.) erklärt, seine Fraktion bringe keine Anträge zu dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf ein. Der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion habe den Haushaltsentwurf formal an die Landesregierung zurückgegeben, weil dieser in Gänze ungeeignet sei, da er insgesamt nicht die notwendigen Kurskorrekturen vornehme, um in den nächsten Jahren wieder Handlungsspielraum zu erreichen und Schwerpunkte im investiven Bereich und zur Verbesserung der Standortqualität Nordrhein-Westfalens zu setzen.

Er, Reichel, begrüße, daß vom Umfang der vorgeschlagenen Kürzungen her - ohne auf Einzelheiten der Struktur dieser Kürzungen eingehen zu wollen - der Landesjugendplan seinen Beitrag zur Konsolidierung des Gesamthaushalts leiste, auch wenn das zum Teil mit schmerzhaften Kürzungen verbunden sei.

Abg. Bensmann (CDU) kommt sodann auf seine eingangs gemachten Bemerkungen zu Vorlage 10/1282 zurück. Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe in einem Schreiben festgestellt, daß die Stelleneinsparungen in seinem Bereich grundsätzlich aufgabenkritisch vorgenommen und dabei alle Bereiche berücksichtigt worden seien. Das entspreche nicht ganz den Tatsachen; denn alle Verlagerungen seien zu Lasten der Versorgungsverwaltung gegangen, weil dort nicht mehr Aufgaben in der früher angefallenen Menge anstünden. Wenn man den Willen des Finanzministers, an den Personalbestand der Ministerialbürokratie heranzugehen, wirklich erfüllen wollte, sei für ihn, Bensmann, unverständlich, wenn geschrieben werde, auch in naher Zukunft sei ein Stellenabbau nicht zu erzielen. Wenn man mit dieser Einstellung schon an die Aufgabe herangehe, stehe man in krassem Widerspruch zu Ministerpräsident und Finanzminister, die davon gesprochen hätten, aufgabenkritisch zu untersuchen, wo Personal eingespart werden könne und solle. Von daher würde er, Bensmann, es begrüßen, wenn der Minister eine Zurücknahme des letzten Absatzes seines Schreibens zusagen könnte.

Abg. Heckelmann (SPD) legt dar, die SPD-Ausschußgruppe habe sich im Hinblick auf den nunmehr zur Diskussion anstehenden Punkt mit dem Arbeitskreis 1 dahin gehend geeinigt, daß dieser dazu Stellung nehmen werde.

Staatssekretär Nelles (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) stellt fest, im Ministerium selbst seien in den letzten Jahren 29 Stellen eingespart worden. Die Frage, ob und inwieweit weiterhin Aufgabekritik mit dem Ziel der Stelleneinsparung im Ministerium vorgenommen werde, sei in einer Sitzung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" sehr ausführlich diskutiert worden und solle im Dezember weiter grundsätzlich debattiert werden. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sei

Ausschuß für Jugend und Familie  
30. Sitzung

19.11.1987  
sr-ma

dabei, sich darauf vorzubereiten, was natürlich mit Schwierigkeiten verbunden sei. Insoweit könne er den letzten Absatz, den Abg. Bensmann angesprochen habe, nur insoweit relativieren, als man trotz der dort angesprochenen Erkenntnisse dem Auftrag des Landtags entsprechend dabei sei, noch einmal diesbezügliche Überprüfungen vorzunehmen. Über ein Ergebnis könne er heute noch keine Prophezeiungen abgeben.

Abg. Rüsenberg (CDU) signalisiert eine ähnliche Verfahrensweise wie die von Abg. Heckelmann für die SPD-Ausschußgruppe oben erläuterte.

Vor Eintritt in das Abstimmungsverfahren über die Anträge fragt der Abgeordnete noch zu dem Erhöhungsantrag der SPD bezüglich Landesjugendplan-Position II/1, ob damit die Frage des Wegfalls der vierten Fachkraft tangiert werde. - Abg. Heckelmann (SPD) verneint dies. Bei dem Wegfall der vierten Fachkraft handele es sich ohnehin um eine Tatsache.

Abg. Gregull (CDU) fragt hinsichtlich des SPD-Antrags zur vorschulischen Förderung von Ausländerkindern, ob es sich bei der Mittelverlagerung um die Kindergärten oder auch um andere Tageseinrichtungen für Kinder handle. - Abg. Heckelmann (SPD) antwortet, es gehe nur um den gesetzlichen Teil der Kindergärten.

Abg. Rüsenberg (CDU) stellt fest, die CDU-Ausschußgruppe könne einigen SPD-Anträgen zustimmen, bei denen die Zielrichtung mit der Antragstellung seiner Fraktion identisch sei. Allerdings sei der Kürzungsantrag der SPD im Bereich des Jugendschutzes aus der Sicht der CDU nicht zu verantworten.

Der Ausschuß stimmt sodann über die von SPD und CDU eingebrachten Anträge ab:

1. Die CDU beantragt die Erhöhung der folgenden Titel in Kap. 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - um insgesamt 6,584 Millionen DM - (Rückgängigmachung der Kürzungen):
  - a) Tit. 653 61 - Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe - der Titelgruppe 61 - Landesjugendplan - (LJP-Position I - Bildungsaufgaben -, LJP-Position II - offene Jugendarbeit),

Ausschuß für Jugend und Familie  
30. Sitzung

19.11.1987  
sr-ma

- b) Tit. 684 61 - Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe - der Titelgruppe 61 - Landesjugendplan - (LJP-Position I - Bildungsaufgaben -, LJP-Position II - offene Jugendarbeit),
- c) Tit. 883 61 - Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Errichtung oder zum Erwerb, zum Aus- und Umbau, zur Instandsetzung und zur Ausstattung von Einrichtungen der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit - der Titelgruppe 61 - Landesjugendplan - (LJP-Position V - Bauprogramme),
- d) Tit. 893 61 - Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe zur Errichtung oder zum Erwerb, zum Aus- und Umbau, zur Instandsetzung und zur Ausstattung von Einrichtungen der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit - der Titelgruppe 61 - Landesjugendplan - (LJP-Position V - Bauprogramme).

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt.

- 2. Damit erübrigt sich eine Abstimmung über den Deckungsantrag der CDU, nämlich den Ansatz des Tit. 526 90 - Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben - der Titelgruppe 90 - Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung - in Kap. 07 020 - Allgemeine Bewilligungen - um 6,584 Millionen DM zu kürzen.
- 3. Der Antrag der SPD, den Ansatz des Tit. 684 61 - Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe -, Unterteil 3 - Förderung von Bildungsmaßnahmen sonstiger Träger der freien Jugendhilfe sowie des Betriebs von Jugendkunstschulen -, der Titelgruppe 61 - Landesjugendplan - in Kap. 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - (LJP-Position I/3 - Bildungsarbeit) um 300 000 DM zu erhöhen, wird mit den Stimmen von SPD und CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. angenommen.
- 4. Der Antrag der SPD, den Ansatz des Tit. 684 61 - s. o. -, Unterteil 5 - Förderung der Beschäftigung von Fachkräften der Bildungsarbeit in der außerschulischen Jugendarbeit -, der Titelgruppe 61 in Kap. 07 050 (LJP-Position I/8 - Qualifizierung der Jugendarbeit durch hauptberufliche Fachkräfte) um 415 000 DM zu erhöhen, wird mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. angenommen.

Ausschuß für Jugend und Familie  
30. Sitzung

19.11.1987  
sr-ma

5. Die SPD beantragt, den Ansatz des Tit. 684 61 - s. o. -, Unterteil 7 - Förderung internationaler Jugendbegegnungen im Rahmen der Jugendarbeit -, der Titelgruppe 61 in Kap. 07 050 (LJP-Position I/10 a - Internationale Jugendbegegnungen im Rahmen der Jugendarbeit) um 125 000 DM zu erhöhen.

Abg. Reichel (F.D.P.) äußert den Wunsch, daß sich der Ausschuß für Jugend und Familie auch darum bemühe, daß der Minister für Wissenschaft und Forschung in seinem Bereich eine entsprechende Erhöhung zugunsten des deutsch-israelischen Studentenaustauschs vornehme.

Der Vorsitzende weist darauf hin, er habe den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Kultusminister und den Minister für Wissenschaft und Forschung brieflich gebeten, zum 40jährigen Bestehen des Staates Israel im nächsten Jahr durch verstärkte Mittelbereitstellung den Austausch von Jugendgruppen zu intensivieren. Diesem Wunsch seien der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und der Kultusminister nachgekommen. Frau Ministerin Brunn habe mitgeteilt, sie sehe sich nicht in der Lage, die entsprechende Position im Einzelplan 06 aufzustoßen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6. Der Antrag der SPD, den Ansatz des Tit. 684 61 - s. o. -, Unterteil 9 - Förderung besonderer Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendwesens -, der Titelgruppe 61 in Kap. 07 050 (LJP-Position I/12 - Besondere Maßnahmen im Rahmen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit) um 90 000 DM zu erhöhen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.
7. Der Antrag der SPD, den Ansatz des Tit. 684 61 - s. o. -, Unterteil 10 - Betriebskostenzuschüsse für Jugendbildungsstätten -, der Titelgruppe 61 in Kap. 07 050 (LJP-Position I/14 - Qualifizierung der Jugendarbeit in Jugendbildungsstätten) um 83 000 DM zu erhöhen, wird mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. angenommen.